

Eine kurze Einführung in die wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Entwicklung Südkoreas von Thomas Kalinowski und Hyekyung Cho

(Die im Text erwähnten Abbildungen finden Sie unter www.asienhaus.de/public/archiv/kalinowskicho-abbildungen.pdf)

(erstellt für das Sozialprojekt des Asienhauses, siehe <http://www.asienhaus.de/sozialprojekt>)

1. Einleitung

Nach seiner Unabhängigkeit von der japanischen Kolonialmacht im Jahr 1945 wurde Korea zu einem Schauplatz der Großmachtpolitik im Kalten Krieg. Die Teilung der koreanischen Halbinsel in einen autoritär-sozialistischen Norden und einen autoritär-kapitalistischen Süden wurde durch den Koreakrieg 1950-53 besiegelt. Seither gingen die beiden Teile des Koreas getrennte Wege. Während Nordkorea nach anfänglichen Modernisierungserfolgen heute ein verarmtes Land ist, konnte sich Südkorea von einem armen Agrarland in ein reiches Industrieland entwickelt. Südkorea gilt zu Recht als Beispiel für eine erfolgreiche nachholende Industrialisierung und wirtschaftliche Entwicklung. Korea wurde 1996 in die OECD aufgenommen und ist heute die 13. größte Volkswirtschaft, die zwölft größte Exportnation.

Doch nicht nur die wirtschaftlich sondern auch die soziale Entwicklung war bemerkenswert, wenn man die gestiegene Lebenserwartung, die medizinische Versorgung (**Artikel Gesundheit**) und das hohe Bildungsniveau (siehe **Bildungssystem**) betrachtet. Schließlich ist es den Südkoreanern auf der politischen Ebene gelungen 1987 nach 25 Jahren Militärherrschaft und fast 40 Jahren Diktatur die Demokratisierung des Landes zu erkämpfen. Seitdem ist ein beeindruckender Demokratisierungsprozess in Gang gekommen, der bei allen Problemen und Rückschritten als Erfolg versprechend bezeichnet werden kann.

Die Entwicklungserfolge Koreas heben sich positiv ab vom beschämenden Zustand unserer Welt, der gekennzeichnet ist von einer immer weiter auseinander klaffenden Schere zwischen arm und reich, einer steigenden Anzahl von Armen in Afrika, Südamerika, Osteuropa und Zentralasien. Südkorea ist es zumindest gelungen, den relativen Abstand beim Pro-Kopf-Einkommen zu den entwickelten Ländern zu verringern und absolut wenigstens, im Gegensatz zu den meisten anderen Entwicklungs- und Schwellenländern, nicht zurückzufallen. (**siehe Abbildung1**)

Die Erfolge Südkoreas sind unbestritten. Sie wurden jedoch mit ganz erheblichen sozialen und gesellschaftlichen Kosten verbunden. Die lange Zeit der Militärdiktatur und die massive Konzentration der wirtschaftlichen Macht in der Hand weniger riesiger Unternehmenskonglomerate wirft lange Schatten auf die politische und wirtschaftliche Gegenwart. Auch die erfolgreiche makroökonomische Erholung Koreas von der Asienkrise 1997/98 wurde mit einer zunehmenden sozialen Spaltung und gesellschaftlichen Unsicherheit erkaufte.

2. Der koreanische Entwicklungsweg

Bis in die 90er Jahre war Korea geprägt von einer staatlich gesteuerten wirtschaftlichen Entwicklung, in der große privatwirtschaftliche Unternehmenskonglomerate (sog. Chaebol) eine nationale Industriestruktur aufgebaut haben. Die Chaebol waren den strategischen Zielen in der Wirtschaftsplanung des Staates unterwor-

fen. Diese Bevormundung der Chaebol durch den Staat wurde mit wirtschaftlichen Privilegien belohnt. Die Chaebol erhielten freie Hand für die Ausbeutung der Arbeitnehmer, deren Interessen durch die Militärmachthaber unter General Park Chung Hee (1962-1980) und Chun Doo Hwan (1980-1987) brutal unterdrückt wurden. Die Unterdrückung von Gewerkschafts- und Demokratiebewegung ging einher mit einem stark ausgeprägten korporatistischen System mit lebenslanger Beschäftigung in den Chaebol, einem firmeneigenen System sozialer Absicherungen.

Die koreanischen Unternehmen stellten zunächst arbeitsintensive Produkte (Textilien, Perücken, Sperrholz etc.) her und begannen mit Hilfe staatlicher Förderungen in den 70er Jahren einer kapitalintensiven Schwerindustrie (Stahl, Schiffbau, Autobau) und Chemieindustrie aufzubauen. In den 80er Jahren kamen technologieintensivere Industriebereiche wie die Entwicklung eigener Automodelle und eine Elektronikindustrie hinzu. Bis in die 90er Jahre hinein ersetzten die Chaebol auf dem von der protektionistischen Handelspolitik geschützten Binnenmarkt Stück für Stück die Importe aus entwickelten Ländern (sog. Importsubstitution). Von dieser sicheren Basis aus begannen sie den Weltmarkt mit ihren preiswerten Produkten zu erobern (sog. Exportorientierung). Von zentraler Bedeutung war und ist dabei der Zugang zum US-amerikanischen Markt als wichtigster Absatzmarkt für koreanische Exporte.

Finanziert wurde diese Industrialisierungsstrategie durch eine hohe inländische Sparquote und ausländische Kredite, die durch das staatliche Finanzsystem über eine strategische Kreditvergabe entsprechend der Wirtschaftspläne an die Unternehmen vergeben wurden.

Im Zentrum der koreanischen Entwicklung bis in die 90er Jahre stand der autoritäre Entwicklungsstaat. Seit Mitte der 80er Jahre begann sich jedoch die bestimmende Macht des Staates für die Wirtschaft abzuschwächen. Die Chaebol bauten eigene Kompetenzen im Management und der Forschung auf. Sie wurden so immer unabhängiger von staatlichen Stellen und die Regierung verlor nach und nach die Kontrolle über die Unternehmen. Hierbei kommt der auf Druck der USA durchgesetzten Privatisierung der Banken Anfang der 80er Jahre eine zentrale Bedeutung zu. Zum anderen erzwang die Bevölkerung die Demokratisierung des autoritären Staates. Zwar hatte die Demokratiebewegung unter den Studenten zunächst eine starke anti-Chaebol Stoßrichtung und war sozialistische inspiriert. Rasch gewannen jedoch bürgerliche Demokratiekonzepte die Überhand, die den Gleichklang von politischer Demokratisierung, wirtschaftlicher Liberalisierung und damit dem Rückzug des Staates aus der Wirtschaft propagierten.

3. Die Asienkrise

Die Asienkrise 1997/98 war ein einschneidendes Ereignis in Korea. Sie stellt die schwerste wirtschaftliche und soziale Krise seit Anfang der 80er Jahren dar und läutete gleichzeitig die endgültige Transformation Koreas in ein wirtschaftsliberales und weltmarktorientiertes Land ein. Die Gründe der Krise sind vor allem die Liberalisierung der Finanzmärkte in Korea. Als Folge der Öffnung des koreanischen Finanzmarkts für ausländisches Kapital flossen seit Anfang der 90er Jahren unkontrolliert große Summen ausländischer Kredite nach Korea. Ganz Ostasien galt damals als Boomregion und jeder wollte am „ostasiatischen Wunder“ (Weltbank) teilhaben. Die Bindung der koreanischen Währung – dem Won – an den US-Dollar versprach ausländischen Investoren sichere Geschäfte.

Durch die Krise in Südostasien und der Pleite einiger kleinerer Chaebol verloren die internationalen Investoren jedoch Mitte 1997 das Vertrauen in die Profitabilität und Sicherheit ihrer Anlagen in Korea und zogen ihr Kapital ab. Ende November 1997 waren die Devisenreserven der Zentralbank erschöpft und die koreanische Regierung musste die Wechselkursgarantie aufgeben und den Internationalen Währungsfonds (IWF, www.imf.org) um Hilfe bitten. Der IWF stellte der koreanischen Regierung ein Rettungspaket („bail out“) zur Verfügung und verlangte als Gegenleistung ein radikales neoliberales Reformkonzept. Diese als „Strukturanpassung“ bezeichneten Reformen von Regierung und IWF waren darauf ausgerichtet „das Vertrauen der Finanzmärkte“ durch Zinssteigerungen und eine Sparpolitik wieder herzustellen. Für die koreanische Wirtschaft hatte diese prozyklische Politik jedoch eine verheerende Auswirkung und löste eine Welle der Unternehmenspleiten aus. Die Zahlungsbilanzkrise weitete sich so zu einer wirtschaftlichen, sozialen Krise aus und erfasste letztendlich die gesamte Gesellschaft.

Die IWF-Reformen wurden von der neuen Regierung unter Präsident Kim Dae Jung gegen massiven Widerstand von den Gewerkschaften mit eiserner Hand durchgesetzt. Der radikale Bruch mit dem ausgedienten System des staatlich gesteuerten Kapitalismus und der Übergang zu einem Kapitalismus US-amerikanischer Prägung war das Ziel der Reformen.

Inzwischen hat sich Korea makroökonomisch gut von der Krise erholt. (Tabelle mit Makrodaten, aktuelle Makrodaten finden sich beispielsweise auf der Homepage der Asian Development Bank:

http://www.adb.org/Documents/Books/Key_Indicators/2005/default.asp) Die überlebenden großen Chaebol wie Samsung Electronic, LG Electronic, Hyundai Motors und SK Telecom sind inzwischen zu wirklichen global agierenden Großkonzernen aufgestiegen. Vor allem in den Bereichen der Halbleiterproduktion, bei LCD-Bildschirmen und bei Mobiltelefonen haben koreanische Konzerne eine sehr gute Wettbewerbsposition auf dem Weltmarkt. Andererseits hat der auf den Binnenmarkt ausgerichtete Teil der Wirtschaft noch immer große Probleme und die gestiegene Wettbewerbsfähigkeit hatten massive soziale Kosten.

Die sozialen Folgen wie die Ungleichheit zwischen arm und reich, die Arbeitslosigkeit, die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und die Unsicherheit der Beschäftigung stellen bis vor Krise ungekannte, neue Herausforderungen für Politik und Gesellschaft dar.

4. Armut/Arbeitslosigkeit/Sozialsystem

Absolute Armut vergleichbar mit der Situation in Südamerika oder gar Nordkorea ist in dem OECD-Land Südkorea inzwischen nicht mehr vorhanden. Dennoch gibt es auch in dem reichen Korea wie in den anderen OECD-Ländern relative Armut. Die Asian Development Bank schätzt den Anteil der Koreaner, die unter der nationalen Armutsgrenze leben auf 3,6%.

(http://www.adb.org/Documents/Books/Key_Indicators/2005/pdf/rt01.pdf) Da es in Korea aber keine klaren Armutsdefinitionen und -kriterien noch zuverlässige Statistiken gibt, ist die der Umfang der Armut in Korea schwer zu ermitteln. Nach einem 2005 veröffentlichten Bericht des Sozialministeriums wurde die Zahl der von der Armut betroffenen Menschen – Bezueher der Armutshilfen und mit Einkommen unter 120% der Mindestlebensunterhaltungskosten - auf 7,16 Mio. also etwa 15% der Ge-

samtbevölkerung geschätzt. Allerdings wurde diese Zahl nach der Wirtschaftskrise von 1997/98 drastisch gestiegen. Die größte NGO in Korea *People's Solidarity for Participatory Democracy* (siehe Abschnitt NGOs) geht jedoch von deutlich höheren Zahlen aus und schätzt die Zahl der armen städtischen Haushalte in Korea im Jahr 1999 auf 8 Mio. und damit die Armutsquote auf ca. 20%.

Die Arbeitslosigkeit ist im Zuge der Asienkrise stark angestiegen und erreichte 1998 7%. Erschreckend ist die hohe Jugendarbeitslosenquote, die deutlich über dem Durchschnitt liegt. (Abbildung 2) Seit 1998 ist die Arbeitslosigkeit rasch zurückgegangen und ist heute mit weniger als 4% im internationalen Vergleich relativ gering. Derartige Vergleiche sind jedoch mit Vorsicht zu genießen. Die niedrige Arbeitslosenquote hängt nämlich auch damit zusammen, dass Personen die innerhalb der letzten Woche mindestens eine Stunde gearbeitet haben oder nicht aktiv nach Arbeit gesucht haben, nicht als arbeitslos gelten. Viele faktisch arbeitslose Menschen, die es aufgegeben haben einen neuen Job zu suchen, fallen so etwa aus der Arbeitslosenstatistik heraus. Nach Angaben des Nationalen Statistikamt Koreas (www.nso.go.kr) vom August 2005 waren insgesamt 843.000 Menschen als arbeitslos registriert. Damit lag die offizielle Arbeitslosigkeit bei 3.6%. Zur gleichen Zeit sind 140.000 Menschen mit der Aufgabe der Jobsuche freiwillig aus dem Arbeitsmarkt ausgeschieden. Zudem haben 1,21 Mio. Menschen in den letzten 7 Monaten keine Erwerbstätigkeit ausgeübt.

Darüber hinaus besteht aufgrund der mangelhaften Arbeitslosenunterstützung kein Anreiz sich arbeitslos zu melden. Ein weiterer Effekt des noch rudimentären Sozialsystems ist der dadurch praktisch entstehende Arbeitszwang, der Arbeitslose auch in Jobs mit sehr schlechten oder gar illegalen Arbeitsbedingungen drängt. Die Erleichterung von Kündigungen („Flexibilisierung“), steigende Arbeitslosigkeit und der Abbau betrieblicher sozialer Vergünstigungen haben seit der Asienkrise den Ausbau eines staatlichen Sozialsystems notwendig gemacht. (link Sozialsystem) Regierung und sogar der IWF bezeichneten den Ausbau des Sozialsystems explizit als Voraussetzung, um die „Flexibilisierung des Arbeitsmarktes“ voranzutreiben. Unternehmen werden von der Fürsorgepflicht für ihre Angestellten befreit und können so Kosten sparen, die dann über das Sozialsystem verstaatlicht werden. Wegen der marktradikalen Reformen in Korea hat die Bedeutung des Staates deshalb paradoxerweise insgesamt zugenommen. Statt wirtschaftliche Entwicklung zu gestalten wird der Staat allerdings zu einer Hilfskraft, welche die sozialen Kosten des wirtschaftlichen Wachstums und der Wettbewerbsfähigkeit auf die Allgemeinheit umwälzt.

5. Zunahme „irregulärer Beschäftigung“

Zwar ist die Arbeitslosigkeit in Korea seit der Krise wieder deutlich zurückgegangen, dies ist jedoch hauptsächlich auf die Schaffung informeller, „irregulärer“ Arbeitsverhältnisse zurückzuführen. Im Zuge der Krise wurden also sichere „reguläre“ Arbeitsverhältnisse in unsichere, informelle umgewandelt. Inzwischen sind ca. die Hälfte aller Arbeitnehmer so genannte „irregulär Beschäftigte“, d.h. sie haben einen Arbeitsvertrag mit einer Laufzeit von weniger als einem Jahr. (Abbildung 4) In Korea gibt es damit viermal so viele „Irreguläre“ wie im OECD-Durchschnitt.

Irregulär Beschäftigte müssen nicht nur mit einer deutlich unsicheren Beschäftigungssituation leben. Sie bekommen außerdem im Schnitt nur die Hälfte des Lohns regulär Beschäftigter, obwohl sie häufig die gleiche Arbeit leisten wie ihre „regulä-

ren“ Kollegen. Die Spaltung der Arbeitnehmerschaft setzt sich in der gewerkschaftlichen Organisation fort. Da irregulär Beschäftigte offiziell keine Betriebsangehörigen sind, können sie nicht Mitglied der Betriebsgewerkschaften werden und eine effektive gewerkschaftliche Organisation ist ihnen damit nicht möglich. Die mächtigen Betriebsgewerkschaften sind wenig solidarisch mit ihren unterprivilegierten Kollegen und verteidigen alleine die Interessen ihrer vergleichsweise privilegierten „regulär beschäftigten“ Mitglieder. (zur Situation der irregulär Beschäftigten und der Spaltung der Arbeitnehmern in Korea, siehe: Lee, Byoung Hoon (2005), Solidarity Crisis of Korea's Labor Union Movement, in: Korea Focus, <http://www.koreafocus.or.kr/essays.asp?vol=38&no=1084§ion=3>)

6. Soziale Situation und zunehmende soziale Ungleichheit

Angesichts der Spaltung der Arbeitnehmerschaft und überrascht es nicht, dass auch die soziale Ungleichheit in Korea in den letzten Jahren stark zugenommen hat. Galt Korea bis zur Asienkrise geradezu als ein Paradebeispiel für Wachstum, das mit einem vergleichsweise hohen Maß an sozialer Gleichheit verbunden war, hat sich dies radikal geändert. Dies lässt sich beispielsweise an der Entwicklung des GINI-Koeffizienten ablesen, der heute deutlich über dem Vorkrisenniveau liegt. (siehe **Abbildung 6**) Inzwischen liegt Korea in Bezug auf die soziale Gleichheit an der drittletzten Stelle in der OECD – nur die USA und Mexiko haben eine noch ungleichere Verteilung der Einkommen.

Erklären lässt sich dies v.a. durch die immer stärkere Spreizung der Löhne zwischen niedrigen und hohen Einkommen. (siehe **Abbildung 5**) Während die Einkommen der reichen Haushalte in Korea durch die Krise kaum in Mitleidenschaft gezogen wurden und heute wieder so stark wachsen wie zuvor, steigen die Nominaleinkommen der armen Haushalte deutlich langsamer. Während die reichen Haushalte einen immer kleineren Anteil ihres Einkommens konsumieren und immer mehr sparen, können die armen Haushalte inzwischen nicht einmal mehr ihre Ausgaben decken und müssen sich daher verschulden. Die Zinszahlungen der armen Schuldner an die reichen Sparer verstärkt die Umverteilung von unten nach oben und wird somit die soziale Spaltung in Zukunft weiter verstärken.

Die Verschuldung der Privathaushalte hat sich in den letzten Jahren zu einem der größten Probleme in Korea entwickelt, das inzwischen sogar die Stabilität des Finanzsektors gefährdet. Neben der schwachen Lohnentwicklung und der Konsumorientierung der Koreaner sind dafür auch die Banken verantwortlich, die ihre Kreditvergabe aufgrund der sinkenden Investitionsquote immer mehr von den Unternehmen auf die Privathaushalte verlagerten. Insbesondere bei der Vergabe von Kreditkarten waren Banken und Kreditinstitute sehr großzügig und verteilten insgesamt 89 Mio. Kreditkarten unter den 45 Mio. Koreanern. Die Regierung schuf zusätzliche Steueranreize zum Kauf auf Kreditkarte, um die Hinterziehung der Mehrwertsteuer zu bekämpfen. Die steigende Nutzung von Kreditkarten führte zwar dazu, dass der Binnenkonsum 2000-2002 anzog, doch seitdem zeigen sich die negativen Auswirkungen des schuldenfinanzierten Konsums. Ca. 4 Mio. Koreaner, d.h. in etwa ein Zehntel der erwachsenen Bevölkerung, können ihre Schulden nicht bedienen und sind von der weiteren Kreditvergabe ausgeschlossen. Die Zahlungsunfähigkeit vieler Kreditkarteninhaber führte dazu, dass das größte Kreditkartenunternehmen Koreas *LG-Card* in finanzielle Probleme geriet und von der Regierung mit Hilfskrediten unterstützt werden musste.

7. Zunehmende gesellschaftliche Unsicherheit, soziale und politische Konflikte

Die Transformation Koreas in einen „moderne Kapitalismus“ produziert ein Klima in dem der „flexible Mensch“ (Richard Sennett) einem hohen Maß an sozialen Unsicherheit und Entfremdung ausgesetzt ist. Traditionelle und langfristig angelegte Strukturen wie Familie, Gemeinschaften, Unternehmen und ganze Gesellschaften zeigen Auflösungstendenzen. Die Menschen lösen sich aus den traditionellen Gemeinschaften heraus. Ein Prozess, der je nach Perspektive als Vereinzelungsprozess kritisiert oder als Individualisierungsprozess begrüßt wird. Korea ist hier ein besonders interessanter Fall, weil sich diese „Modernisierung“ in einem derart raschen Tempo vollzieht, dass auch die gesellschaftlichen Unsicherheiten und Verwerfungen eine besonders drastische Form annehmen.

Gesellschaftliche Unsicherheit lässt sich wesentlich schwerer messen als soziale Ungleichheit oder die scheinbar „harten“ ökonomischen Makrodaten. Es gibt jedoch Indikatoren, die auf eine zunehmende gesellschaftliche Unsicherheit hinweisen. Besonders drastisch zeigt sich die zunehmende gesellschaftliche Unsicherheit in der Selbstmordquote, die seit Anfang der 90er Jahre, mit der Ausnahme der Jahr 1999 und 2000, gestiegen ist und heute mehr als doppelt so hoch ist wie noch vor zehn Jahren. Der starke Anstieg der Zahl von Scheidungen und die sinkende Geburtenrate weisen auf die zunehmende Auflösung der Familienstrukturen hin. Die Scheidungsrate in Korea ist im letzten Jahrzehnt stark gestiegen und ist inzwischen eine der höchsten der Welt, und das obwohl Scheidungen in Korea nach wie vor gesellschaftlich verpönt sind. Die Fruchtbarkeitsrate sinkt ebenfalls seit 1993 und befindet sich mit 1,2 Kindern pro Frau inzwischen deutlich unter dem OECD-Durchschnitt von 1,6 Kindern. Bei allen drei Indikatoren stellte die Asienkrise einen Katalysator dar, der den schon länger vorhandenen Trend verstärkt hat. (Abbildung 7)

Auch die steigende Zahl der Arbeitskämpfe und gewerkschaftlichen Proteste ist ein Ausdruck verschärfter sozialer Konflikte und sozialer Unsicherheit im Zuge der von Unternehmen und Regierung mit harter Hand durchgesetzten Strukturanpassungs- und Rationalisierungsmaßnahmen. Nach einem ständigen Rückgang der Arbeitskämpfe seit dem Ende der Militärdiktatur nimmt die Zahl der Konflikte in den Unternehmen seit 1998 wieder zu. (Abbildung 8) Die sozialen Konflikte spiegeln sich auch in einer Polarisierung der politischen Landschaft wider. Auf der einen Seite ist es den Gewerkschaften in Korea gelungen mit der Democratic Labor Party (DLP) zum ersten Mal in der Geschichte Koreas ein Partei zu etablieren, welche explizit die Interessen der Arbeitnehmer vertritt. 2004 zog die DLP als politischer Arm der Gewerkschaften mit 14% der Stimmen in das koreanische Parlament ein.

Auf der anderen Seite formiert sich gegen den steigenden Einfluss der Gewerkschaften eine konservative Reaktion. Diese reagiert auf die zunehmende gesellschaftliche Unsicherheit mit dem Ruf nach einer „starken Hand“, welche die Verhältnisse autoritär „in Ordnung bringt“. Umfragen belegen, dass die Unterstützung für die Demokratie in Korea seit 1997 zurückgeht und inzwischen weniger als die Hälfte aller Koreaner Demokratie in jedem Fall anderen Regierungsformen vorziehen. (Abbildung 9) Nur so lässt sich auch die „Park Chung-Hee Nostalgie“ erklären, in deren Zuge die Militärdiktatur Parks von 1962-1979 zu unrecht als Zeit des „Wirtschaftswunder“ und der „politischen Stabilität“ verklärt wird. (Wie in Abbildung 1 ablesbar ist, hob sich Ko-

rea beim pro-Kopf Einkommen erst seit Mitte der 80er Jahre von den anderen Entwicklungs- und Schwellenländern ab.)

Die Krise von 1997/98 und ihre Folgen haben die ökonomische Rationalität und die Fixierung auf das Wirtschaftswachstum wieder stärker in den Fordergrund gerückt. Demokratisierung hat gegenüber der „ökonomischen Effizienz“ an Bedeutung verloren. Die sozialen und gesellschaftlichen Kosten der wirtschaftsliberalen Reformen werden fälschlicherweise oft „der Demokratie“ angelastet, weil wirtschaftliche Liberalisierung und politische Demokratisierung in Korea bisher Hand in Hand gingen. Sie erscheinen daher für viele Koreaner als eine Einheit. Korea hat im Gegensatz zu den westlichen Demokratien nie eine Periode des demokratischen Keynesianismus durchlebt, in der eine demokratische Politik mit einer staatlichen Steuerung der Wirtschaft einherging.

Auch die beobachtbare Nationalismuskonjunktur in Korea ist eine Folge der Unsicherheit, welche die Sehnsucht nach Gemeinschaft und Zugehörigkeit verstärkt. Der Nationalismus verhindert progressive gesellschaftliche Veränderungen, weil er Probleme und Konflikte in der Gesellschaft unberechtigterweise alleine auf äußere Einflüsse – wie ausländische Investoren und Importe – zurückführt. Wirtschaftsliberale Reformen und Nationalismus verstärken sich dabei gegenseitig, denn die Öffnung des Landes erhöht nicht nur die Unsicherheit sondern auch die Bedeutung der „nationalen Wettbewerbsfähigkeit“ für die Chaebol. So gehen neoliberale Reformen, die Interessen der koreanischen Chaebol und der Nationalismus eine unheilige Allianz ein, welche vor dem Hintergrund der starken autoritären Präferenzen vieler Koreaner in der Lage sein könnte, die noch junge Demokratie in Korea zu gefährden.

Eine alternative, fortschrittliche Lösung der sozialen Konflikte könnte der Ausbau des Sozialstaates und der Arbeitnehmermitbestimmung in Korea sein, der Korea in eine moderne Demokratie im sozialdemokratisch-bürgerlichen Sinne verwandelt. Bis heute bleiben sozialdemokratische Positionen und der Sozialstaatsgedanke in Korea schwach und auf einige intellektuelle Kreise und Gewerkschafter beschränkt. Zwar sind die Koreaner in ihren Gemeinschaften (Freunde, Familie, Schulklasse, Alumni, Arbeitskollegen) sehr solidarisch. Großzügigkeit gegenüber Freunden ist sogar eine der herausragenden Eigenschaften der koreanischen Alltagskultur. Für Personen außerhalb dieser Gemeinschaften fühlen sich Koreaner jedoch kaum verantwortlich. Die koreanische Gesellschaft wird daher nicht durch Solidarität sondern durch einen rein ideologischen und extrem emotionalen Nationalismus zusammengehalten.

Allerdings erscheint der Rückfall Koreas in eine Diktatur unwahrscheinlich. Zwar sind demokratische Verhaltensweisen noch immer wenig in der koreanischen Gesellschaft vertieft und autoritäre Verhaltensweisen dominieren. Andererseits haben sich neben den Gewerkschaften viele NGOs gebildet, die ein existenzielles Interesse an Demokratie haben. Zwar ist es problematisch bereits von einer koreanischen „Neuen Sozialen Bewegung“ zu reden, aber es gibt sehr wohl eine aktive „Zivilgesellschaft“. ([link Abschnitt NGOs](#)) Die NGOs sind insbesondere im Umweltbereich und im Kampf gegen die Übermacht der Chaebol aktiv. So ist – abgesehen von den Gewerkschaften – die Kleinaktionärsbewegung die größte NGO in Korea. Sehr schwach sind dagegen nach wie vor NGOs, welche die soziale Frage oder die Frage der internationalen Solidarität thematisieren. Leider ist auch die Zusammenarbeit mit europäischen NGOs wenig ausgeprägt, da auch hier eine starke Anlehnung an die US-amerikanische Szene stattfindet.